



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/137

10. November 1948

Karlsruher Mischung

Aus dem Arsenal der Moskauer Stimmungsagenten

F.Fr. Berlin

Weitaus stärker als der Bevölkerung im Westen Deutschlands bewußt ist, hat die kommunistische Untergrund-Propaganda Fuß zu fassen vermocht. Käme sie als jene plumpe Holzhammer-Markose einher, die von Einheit spricht und die Separierung des deutschen Ostens betreibt, die soziale Gerechtigkeit fördert und der schimpflichsten Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in den Mammutkonzernen der Ostzone Vorschub leistet, die Freiheit sagt und unterwürfige Versklavung jeden Tag praktiziert - darauf fiel so leicht niemand herein. Aber man ist nicht so töricht, sich dieser plumpen Methoden auch in der unterirdischen Arbeit zu bedienen. Die Mischung, die für diese Zwecke in Karlsruh zusammengestellt und von dort aus versandt wird, ist sehr viel wirksamer. Hier einige Äußerungen aus Unterhaltungen während eines längeren Aufenthaltes in Westdeutschland.

Ein Bonner Universitätsprofessor, der sich auch für politisch beschlagen hält, sagte mir vor einiger Zeit: "Wenn die Russen Raubbau mit den Menschen treiben und sie im Osten in Unfreiheit halten, wie Sklaven aus dem Altertum behandeln, so ist das nicht verwunderlich. Sie machen es ja in ihrem eigenen Lande nicht anders. Wenn aber die Westmächte uns Deutsche wie ein Kolonialvolk behandeln, so ist das ein Skandal; denn ihre eigenen Völker behandeln sie auch nicht annähernd so. Was bei den Russen verständlich ist, muß, wenn es von den Westmächten kommt, Abscheu und Haß erwecken". Das ist wörtlich die Argumentation der kommunistischen Funktionäre der Ostzone und Berlins.

Ein hoher Verwaltungsbeamter in München, CSU-Mann, ließ mich wissen, daß "die Russen doch tatsächlich die einzigen sind, die konsequent für die deutsche Einheit eingetreten sind, wenn sie freilich auch einen gewissen Separatismus in Ostdeutschland gefördert haben, aber doch erst seit dem Augenblick, da von den Westmächten die Separierung Westdeutschlands planmäßig vorangetrieben wurde. Ich bin Föderalist, ich halte persönlich nicht viel von dem ganzen Einheitsgeschrei, aber Recht muß doch Recht bleiben. Die Russen haben jedenfalls nicht halb so viel Interesse an einer dauernden Schwächung Deutschlands wie die Westmächte, die sich einen lästigen Konkurrenten vom Weltmarkt fernhalten wollen". - Mit Ausnahme

des föderalistischen Bekenntnisses ist diese Auslassung das Glaubensbekenntnis jedes kommunistischen Funktionärs.

"Was wollen Sie", entgegnete mir ein Industrieller in Baden, "ohne den russischen Markt können wir von vornherein einpacken. Wir müssen uns aus den Händen der Großmächte weislich heraushalten, die Westmächte sind in vieler Beziehung schlimmer als die Russen. Diese haben nur Fachleute nach Deutschland geschickt, keine Geschäftsmacher. Wir müssen die Russen nur überzeugen, daß wir für sie keine künftige Bedrohung sein können. Und das setzt zuerst voraus, daß wir uns weitgehend von den Westmächten distanzieren". - Das ist wortgetreu der Kehrreim dessen, was die Vertrauensleute der SED von ihren sowjetischen Instruktoren auf den Lehrgängen eingebleut bekommen, bevor sie als Stimmungsgagenten nach dem Westen geschleust werden.

Ein Geschäftsmann in Hamburg rieb sich überlegen lächelnd die Hände, als er von sich gab: "Wir Deutschen können nur eins tun: abwarten. Keine politischen Freunde und ich - wir drehen einstweilen mal Daumen und blicken von höherer Warte aus auf dieses erbärmliche Getummel, das sich Politik nennt. Wir denken gar nicht daran, für irgend jemanden Partei zu ergreifen. Jede Partei ist anrüchig, und die Westmächte sind es erst recht. Finger weg davon!" - Genau so wünschen sich die Kommunisten die Demokraten mit den Händen im Schoß, zuwartend, bis es zu spät ist.

Ein Oberpfälzer Landrat gab mir diesen guten Rat: "Es ist doch so, daß die einzige unverbrauchte Kraft die Russen sind. Sie sind auch die einzigen, die genau wissen, was sie wollen. Sie sind überdies die einzigen, die zu jedem Einsatz bereit sind. Sehen sie sich dagegen die Westmächte an: unentschlossen, unter sich uneinig, sie sagen Marshallplan und praktizieren Morgenthau-Plan. Und wenn es darauf ankommt, setzen sich auf ihre Schiffe und dampfen ab. Uns überlassen sie dem Schicksal. Die Franzosen wissen schon, warum sie es mit den Russen nicht verderben wollen. Wir täten klug daran, es den Franzosen nachzumachen. Morgen schon können die Russen hier sein. Da ist es gut, wenn wir ein Alibi haben".

Solches sagen Studenten der West-Universitäten, Männer in den Verwaltungen, Handwerker und Geschäftsleute, wohin ich in den drei Zonen kam. Ist das Zufall? Nein, es ist die gelenkte Propaganda. Sie kommt aus Karlshorst, dem Sitz der sowjetischen Administration. Sie mischt Falsches mit Richtigem, hat eine Dosis Furcht beigemischt und ein Fünkchen Hoffnung, daß es so schlimm mit den Russen doch wohl nicht sei und daß man letztlich mit ihnen auskommen werde, weil man ja mit ihnen auskommen müsse. Zwischen Furcht und Hoffnung: das ist die Grundmelodie der kommunistischen Flüsterpropaganda im Westen. Achtet darauf!

Adenauers Bekenntnis

sp. Es gibt für die Wort-Bejaher und die Tat-Verneiner einer echten Sozialpolitik, die über den Rahmen einer gewissen Fürsorge hinausgeht, gelegentlich Situationen, in denen sie durch die Umstände gezwungen werden, Farbe zu bekennen. Eine solche Gelegenheit war der Beschluß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 24 Stunden die Arbeit niederzulegen - eine dringende und nicht mehr zu übersiehende Warnung vor einer weiteren Fortführung der bisherigen Preispolitik. Auch Herr Adenauer mußte, ob er wollte oder nicht, sich dazu äußern - und er tat es sofort nach Bekanntwerden mit bemerkenswerter Deutlichkeit: ein Generalstreik würde für die drei Westzonen ein großes Unglück sein. Man habe in Frankreich ein trauriges Beispiel.

Herr Adenauer weiß ganz genau, daß es sich bei der Demonstration in Westdeutschland und dem Streik in Frankreich um zwei ganz verschiedene Dinge handelt. Die erste Maßnahme ist kurzfristig begrenzt und relativ lange angekündigt. Sie ist eine klare Warnung. Die Streiks in Frankreich sind ein gewerkschaftlicher Machtkampf politischen Ursprungs, der nicht befristet ist, der seit anderthalb Monaten läuft und der nur beendet werden soll, wenn bestimmte Forderungen erfüllt sind. Man kann also förmlich sagen, daß der vorliegende Beschluß des DGB geradezu den Zweck hatte, das Eintreten von Zuständen, die letzter Endes zum Streik in Frankreich geführt haben, zu verhindern.

Bei dem deutschen Beschluß handelt es sich um eine Maßnahme der überparteilichen Gewerkschaften, eine machtvolle Bekundung des Willens der organisierten Arbeiterschaft, gegen ihr ständiges Überspieltwerden Einspruch zu erheben. Die Besprechungen, die Hans Böckler mit den Vertretern der aus den ehemaligen christlichen Gewerkschaften kommenden Männern gehabt hat, haben, entgegen anderslautenden Berichten, von vornherein keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch dieser Flügel des DGB sich beteiligen werde. In diesen internen Besprechungen haben sich die Kreise aus den ehemals christlichen Gewerkschaften auch voll zu dem veröffentlichten Zehnpunkteprogramm bekannt. Es blieb Dr. Adenauer vorbehalten, den allerdings vergeblichen Versuch zu machen, die Einmütigkeit dieser Auffassung zu spalten.

Es ist auch töricht, zu sagen, die SPD habe durch die Stellungnahme ihres Vorstandes in Hannover die ganze Demonstration politisiert. Abgesehen davon, daß die SPD vorher über den Zeitpunkt der Verkündung nicht unterrichtet gewesen ist, hat sie sich danach ganz klar auf die Wirtschafts- und Preispolitik des Professors Erhard als den Ursprung des gewerkschaftlichen Vorgehens bezogen, also auf eine ökonomische Tatsache, während gerade die kritischen Äußerungen Dr. Adenauers ausgesprochen politischen Charakter tragen.

Es ist schon so, wie von sozialdemokratischer Seite immer wieder gesagt wurde; Herr Adenauer ist kein Mann des praktischen Verständnisses für die Not und die Bedürfnisse der arbeitenden Massen. Wie sein Verhalten wieder einmal gezeigt hat, scheut er sich auch nicht, das offen zu bekennen. Diese Klarheit soll anerkannt werden. Aber dann sollte Dr. Adenauer auch nicht künftig durch Rhetorik zu verdecken suchen, wo er in Wahrheit steht - auf der anderen Seite, die er sogar führend repräsentiert.

(b/1/1011/1/hs)

Bevin hatte auf Truman gesetzt

sp. Auch in England rechneten nur ganz wenige mit einer Wiederwahl Trumans. Zu ihnen gehörte - außer Sir Andrew Duncan - auch Außenminister Ernest Bevin. Er setzte auf Truman, weil dessen Kampf gegen das Taft-Hartley-Gesetz ihm die Stimmen der organisierten Arbeiterschaft der USA sichern würde. Diese Argumentation vermochte zwar selbst Bevins nächste Kabinetts-Kollegen nicht voll zu überzeugen. Aber sie erwies sich als richtig und dies machte es verständlich, wenn Bevin die Kunde von Trumans Wiederwahl mit Stolz und Genugtuung aufnahm. Er hat inzwischen auch bereits eine Reihe außenpolitischer Pläne wieder in Angriff genommen, die wegen der Präsidentenwahl in den USA vorübergehend zur Seite gelegt worden waren. Wie ihm, so gab der Sieg der Demokraten der ganzen Labour Party neuen Auftrieb. Sie ist jetzt fester überzeugt denn je, daß sie auch 1950 aus den Parlamentswahlen siegreich hervorgehen wird. Eine in den letzten Monaten in aller Stille in den verschiedenen Wahlbezirken durchgeführte Rundfrage hatte im Transport House, dem Sitz der Labour Party, zu der Ansicht geführt, die Labour Party werde bei den nächsten Wahlen ungefähr 350 der insgesamt 600 Sitze im Unterhaus gewinnen. Nach Trumans Erfolg glaubt man jedoch, daß die Mehrheit der Labour Party noch deutlicher ausfallen und vielleicht sogar wieder die Höhe von 1945 erreichen wird. Das Wahlprogramm für 1950 wird jetzt bereits ausgearbeitet. Spätestens im Januar 1949 wird der Exekutiv-Rat der Labour Party Vorschläge für die einzuschlagende Politik unterbreiten, die dann auf dem Parteitag zur Diskussion gestellt werden sollen. Auf Grund dieser Debatten wird dann das genaue Wahlprogramm festgelegt, das weit stärker ins Detail gehen dürfte als das etwas vage gehaltene Programm, mit dem die Labour Party 1945 das Vertrauen des englischen Volkes gewann. Innerhalb der Partei ist der Zusammenhalt zweifellos nie so stark gewesen wie jetzt. Die Meinungsdivergenzen zwischen dem rechten und linken Flügel sind weitgehend ausgeglichen worden und von einer Opposition gegen Bevins Außenpolitik ist kaum noch die Rede. Es fragt sich jedoch, ob Bevins Gesundheit ihn nicht in absehbarer Zeit zwingen wird, die schwere Bürde, die er seit über drei Jahren trägt, an eine unverbrauchte Kraft abzugeben. In diesem Falle käme als sein evtl. Nachfolger in erster Linie Staatsminister Hector Mc Neil in Frage, der trotz seiner Jugend hohes Ansehen genießt.

Das Spiel mit einer USPD:

sp. Erich Giffke, bis vor kurzem Mitglied des Präsidiums des sogenannten Deutschen Volksrates und des Zentralvorstandes der SED, von dem es am 1. November hieß, er sei in die Westzonen geflüchtet, hat sich in Berlin (das er in der ganzen Zeit nie verlassen hatte) gemeldet - über den Nordwestdeutschen Rundfunk. Sein Fall zieht inzwischen immer weitere Kreise und eine ganze Reihe von mutmaßlichen Freunden und Leuten aus seiner Umgebung sind inzwischen verhaftet worden.

Die im Zusammenhang mit der schweren akuten Krise der SED in Berlin von sowjetischen Hintermännern vorbereitete Gründung einer USPD stellt sich immer klarer als ein kläglicher Versuch dar, die eigene Misere mit vorgetäuschten ernsthaften Schwierigkeiten bei der SPD zu verdecken. Bei dem siebenköpfigen Aktionsausschuß, der dieser Tage im russischen Sektor zusammentrat, handelt es sich um ausgeschiedene oder ausgeschlossene Mitglieder der SPD, die niemals eine Rolle gespielt haben und die in der breiten Öffentlichkeit nicht einmal der Namen nach bekannt sind.

Die Absicht, die mit einer solchen Gründung verfolgt wird, ist durchsichtig: Man will eine Organisation schaffen, die in etwa der abgesplitterten IDP- und CDU-Gruppen entspräche. Einige von diesen Leuten, die zu Unterschriften unter entsprechende politische Erklärungen genötigt worden waren oder werden sollten, haben bereits wieder den Abprung von ihrer neuen Basis vollzogen oder versucht, da sie sich inzwischen von der Aussichtslosigkeit und der persönlichen Gefährlichkeit ihres Unternehmens überzeugt haben.

Gleichzeitig soll übrigens nach Möglichkeit eine Verbindung dieser Gruppe mit gewissen ehemaligen Mitgliedern der SPD in der Westzone aufgenommen werden. Das soll vor allem durch Einschaltung ebenso gut getarnter wie geschulter KP-Männer geschehen. Es spricht nichts dafür, daß allen diesen Bemühungen auch nur der geringste Erfolg beschieden sein werde.

Lestiboudois trat aus der SPD aus

sp. Herbert Lestiboudois, der wegen eines im "Neuer Vorwärts" veröffentlichten Gedichtes "Das ist der Ruhm der Soldaten" heftig angegriffen wurde, ist aus der SPD ausgeschieden.

Sie kehrten aus Jugoslawien zurück

sp. "Wann dürfen wir heim?", fragte ein deutscher Kriegsgefangener im Frühjahr dieses Jahres Marschall Tito, als er das Baugelände inspizierte, auf dem das neue Belgrader Regierungsviertel entsteht. "Noch in diesem Jahr", lautete die Antwort und sie kam in gutem Deutsch. Die kleine Episode sprach sich rasch in den rund 30 Lagern herum, in denen noch etliche 40 000 deutsche Kriegsgefangene in Jugoslawien festgehalten werden. Sie weckte neue Hoffnungen - und doch glaubte niemand so recht daran. Man hatte ihnen in den langen dreieinhalb Jahren, seit sie in tropischer Sonneglut vier Wochen lang über staubige Wege und enge Pässe in die Gefangenschaft marschiert waren, schon so viel versprochen. Und es war fast stets dabei geblieben. Aber diesmal wurde es wirklich wahr. Als erste durften jetzt 1300 Mann eines Belgrader Lagers in die Heimat zurück. 600 davon nach Bremen, Hamburg und Hannover.

Sie sehen durch die Bank nicht nur gestärkter, kräftiger und frischer aus als ihre Kameraden, die aus dem Sowjetparadies oder den polnischen Bergwerken zurückgekommen sind. Sie sind auch weit aufgeschlossener, aufgeweckter und lebendiger. In ihren Augen spiegelt sich nicht das monotone, Melancholische, das Dampfe der weiten russischen Steppe. Sie tragen den Kopf hoch und sprühen vor Lebenslust, und wenn zuweilen auch ihnen der Atem stockt, weil die Erinnerung an die erste Zeit ihrer Gefangenschaft sie wieder anfällt - der Gesamteindruck ist doch wesentlich positiver und beruhigender.

Ja, jene erste Zeit. An sie denken sie alle nur mit Schauern und Schrecken zurück. 120 000 Mann waren sie stark, als sie den "Todesmarsch nach dem Süden" antraten. 40 000 blieben unterwegs auf der Strecke. Verhungert, verdurstet, erschossen. 3 000 Offiziere wurden in ein besonderes Lager gesteckt, die Mannschaften aber über ganz Jugoslawien verteilt und sofort zu schwerer Arbeit herangezogen. Eine Ruhr-Epidemie raffte wiederum Tausende hinweg, weil es an den notwendigsten Medikamenten fehlte, und viele brachen nach wenigen Wochen vor völliger Entkräftung zusammen. In dem schweren Winter 45/46 verging kein Tag, an dem der Totenwagen nicht hochbeladen mit nackten Leichen durch das Lagertor rollte. Nur noch die Hälfte der ursprünglichen 120 000 erlebten die Wendung zum Besseren, die allmählich eintrat und zuletzt der deutschen Kriegsgefangenen einen Lebensstandard sicherte.

Sie bekamen gut und reichlich zu essen, erfreuten sich grosser Bewegungsfreiheit, konnten Kinos und Theater besuchen, waren in allen Lokalen gern gesehene Gäste und verdienten nicht schlecht. Wer als Hilfsarbeiter tätig war, erhielt bei achtstündiger Arbeit pro Tag 10 Dinar. Spezialisten aber brachten es auf 30, 40 und 50

Dinars täglich und wer Überstunden zu machen bereit war, bekam je-
de Stunde mit 18 Dinar belohnt. Das reichte freilich nicht aus,
um sich irgend welche größeren Anschaffungen leisten zu können,
denn die Preise sind hoch, sehr hoch in Jugoslawien und wer sich
Schuhe oder einen Anzug kaufen will, muß es auf dem Schwarzen
Markt tun. Ein Kilo Öl oder Speck kostete 400 Dinar, ein Kilo
Brot 8 - 10 Dinar. Trotzdem: Es ließ sich leben und niemand brauch-
te mehr Furcht zu haben, als völlig Ausgemergelter langsam dahin-
sücheln zu müssen. Auch die Behandlung durch die Lager-Wachen war
in der letzten Zeit durchaus anständig. Nur wer einen Fluchtver-
such unternahm und wieder eingefangen wurde, wurde in die Straf-
abteilung versetzt, die dem Lager in dem Bergwerksgebiet von Bor
angegliedert war.

Ein dunkles Kapitel allerdings blieben bis zum Schluß die Mit-
glieder der Antifa, die sich die Umschulung der Kriegsgefangenen
nach kommunistischen Prinzipien zum Ziel gesetzt hatten. Sie haben
zwar nicht einen einzigen des Belgrader Lagers zum Kommunisten um-
formen können. Aber sie haben vielen bittere, kummervolle Stunden
bereitet und mancher, der ins Straflager kam, hatte es ihnen zu
verdanken. Ihnen war jedes Mittel recht und wehe, wer es wagte,
andere Meinung zu sein, oder z.B. der unmittelbar vor dem Ab-
transport an die Heimkehrer ergangenen Aufforderung, für die strei-
kenden französischen Bergarbeiter eine kleine Spende zu geben, ab-
gelehnt hätte. "Wir säßen wahrscheinlich jetzt noch in Belgrad",
sagte einer. "Ein Glück für sie, daß sie alle in die sowjetische
Zone entlassen werden".

Die Post und die Heimkehrer

sp.) Wer nach vieljähriger Kriegsgefangenschaft in Rußland;
Polen oder Jugoslawien endlich die Heimat widersieht, den be-
herrscht nur ein Gedanke: seine Angehörigen von seiner glücklichen
Rückkehr zu unterrichten und ihnen Tag und Stunde seiner Ankunft
mitzuteilen. Er stürzt sich also auf das nächste Postamt und tele-
graphiert. Das kann er, auch wenn er, wie es in 99 von 100 Fällen
der Brauch ist, arm wie eine Kirchenmaus ist und nicht einen einzi-
gen Pfennig besitzt. Die Post nimmt das Telegramm trotzdem entgegen
und befördert es auch.

Die Geschichte hat indessen noch einen Haken: Der Adressat er-
hält das Telegramm erst ausgehändigt, wenn er zuvor die Telegramm-
gebühr bezahlt. Er weiß zwar nicht, was in dem Telegramm steht und
von wem es stammt. Aber er muß erst die auf dem Telegramm genau ver-
merkte Gebühr bezahlen, ehe ihm der Telegrammbote das Papier über-
reicht. Im allgemeinen wird das natürlich geschehen, weil die Neugier-
de lockt. Es ist aber sehr wohl denkbar, daß der eine oder andere
die Annahme verweigert, weil niemand gerne die Katze im Sack kauft
und seine Vorsicht wird dann dadurch bestraft, daß ihm die Ankunft
des so lang und sehnlichst erwarteten Bruders oder Mannes verborgen
bleibt. Bei allem Respekt vor der Geschäftstüchtigkeit der deut-
schen Reichspost: Könnte man den deutschen Heimkehrern gegenüber
nicht ein wenig großzügiger und weniger bürokratisch sein?